

Fraktion Die Grünen Ibbenbüren

Rede zum Haushalt 2017 (es gilt das gesprochene Wort)

16.12.2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne mit dem Bereich Umwelt und kann Ihnen leider auch diesmal nicht den leidigen Dauerbrenner Abwasser und Kläranlage ersparen.

Nachdem beide Blockheizkraftwerke nach einer schier unerträglichen Phase der „4-PPPP“, sprich „Pleiten, Pech und Pannen-Periode“ endlich in Betrieb sind, steht nun der Bau der 4. Klärstufe an, den wir als zweifellos notwendig begrüßen und der einige Investitionen erfordern wird. Dabei muss allerdings die noch ausstehende Entscheidung der Stadt Tecklenburg, die bislang ihre Abwässer zu unerhört billigen Dumpingpreisen in unsere Kläranlage einleiten konnte, über deren künftige Abwässerbehandlung abgewartet werden.

Zu einem weiteren Endlos-Thema bei den Abwässern gehört auch der Starkverschmutzerzuschlag. Nachdem wir hier über etliche Hürden hinweg das Ziel einer Verursacherbelastung endlich erreicht zu haben glaubten, hüpfen wir nun quasi auf Start zurück, weil befürchtet wird, dass die zugrunde gelegten, woanders „entliehenen“ Messwerte, einer angedrohten juristischen Überprüfung nicht standhalten könnten.

Wir hoffen, dass die speziell für unsere Kläranlage geltenden Werte so sorgfältig ermittelt werden, dass sie juristisch belastbar sind und die Kosten für Starkverschmutzer nicht wieder einfach auf die Allgemeinheit umgelegt werden, wie es derzeit abermals geschieht.

Wir erwarten zudem, dass künftig eine vorsätzliche Einleitung von schädlichen Abwässern durch effektive Kontrollmaßnahmen unterbunden wird, um Umweltsünder ermitteln und zur Verantwortung ziehen zu können. Von der zuvor sträflich vernachlässigten Fortschreibung des Einleiterkatasters haben wir nämlich lange nichts mehr gehört. Es darf nicht sein, dass einige skrupellose schwarze Schafe unter den Betrieben ihre giftigen Abwässer bis zur kürzlich eingetretenen Havarie unserer Kläranlage unentdeckt entsorgen können. Das war schlicht eine Katastrophe für die Umwelt, für die zudem wieder einmal jeder einzelne Haushalt in dieser Stadt die Zeche zahlen muss.

Wir werden demnächst auch erneut in Richtung „Baumschutzsatzung“ tätig werden, weil wir hier inzwischen dringenden Handlungsbedarf sehen. Schützenswerte Bäume, sogar solche, die in Bebauungsplänen Bestandsschutz genießen, werden immer wieder rücksichtslos weggeholt, u.a. weil sie auf Baugrund, der zur Zeit große Renditen verspricht, scheinbar im Wege stehen. Die für diese Baumfrevel zu erwartenden Strafen, sofern sie denn überhaupt erfolgen, liegen dabei meist deutlich unter dem Gewinn, der bei der Vermarktung als Brennholz zu erzielen ist, sodass hier eher ein Anreiz als ein Risiko gegeben ist.

Wir als Stadt mit ohnehin geringem Waldbestand benötigen dringend eine qualitativ umfassende Baumschutzsatzung, die konsequente Sanktionsmöglichkeiten beinhaltet. Wenn Bäume gefällt werden, hat zudem ein adäquater Ausgleichszwang zu erfolgen, d.h. wenn Wald verschwindet, muss Wald wiederhergestellt werden. Bei diesem Thema setzen wir auf die Zusammenarbeit aller Ratsfraktionen, um einen umsetzbaren, aber auch wirkungsvollen Baumschutz auf den Weg zu bringen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die in zukunftsweisender Absicht naturnah angelegten Grüngürtel in Wohngebieten, wie in der Westvorstadt, auch in Zukunft unangetastet bleiben müssen. Es sind wohn- und naturnahe Lebensräume für Mensch und Tier, die unter keinen Umständen beschnitten und damit zerstört werden dürfen.

In den neu ausgewiesenen Wohnbaugebieten hat bei der Verwaltung immer noch nicht die Erkenntnis Einzug gehalten, dass Boden nicht vermehrbar ist. Statt hauptsächlich Grundstücke auszuweisen, „um die man drum zu gehen kann“, fordern wir hier einen größeren Anteil von Mehrfamilienhäusern, auch in sozialer Wohnbauplanung, die bislang weitgehend fehlt. Solange hier kein Umdenken erfolgt, werden wir solchen Bebauungsplänen, die insbesondere Äcker und Wiesen treffen, nicht zustimmen.

Dieses Thema dürfte mit dem neulich fast einmütig verabschiedeten Ratsbeschluss zum Aufbau einer städtischen Wohnbaugesellschaft künftig eine größere Rolle spielen.

Diese Gesellschaft muss allerdings auch finanziell entsprechend ausgestattet werden, um im Sinne des Ratsbeschlusses gerade im sozialen Wohnungsbau effektiv tätig werden zu können.

Noch eine Anmerkung zum Gesamtthema Flächenverbrauch in unserer Stadt:

Wir haben einige attraktive Gewerbeflächen, die derzeit offenbar zumindest quantitativ erfolgreich vermarktet werden. Allerdings werden wertvolle Flächen offenbar nicht selten nach dem „Windhundprinzip“ an Bewerber verkauft, ohne qualitative Aspekte wie den Flächenverbrauch, Zahl und Qualität der Arbeitsplätze sowie Umweltaspekte kritisch in den Blick zu nehmen, obwohl der Umfang auch dieser Flächen begrenzt ist.

Wir sind der Überzeugung, dass wir endlich strengere Kriterien bei den Vergaben von städtischen Grundstücken in Gewerbegebieten ansetzen müssen. Begonnen sollte damit schon bei der Art der Gewerbe-Ansiedlung: Bestimmte Sparten von sog. Dienstleistern wie Rechtsanwaltskanzleien und Steuerberater gehören ebenso wenig in Gewerbegebiete wie Religionsgemeinschaften oder Sportvereine. Es kann auch nicht sein, dass die Stadt günstig Grundstücke für Autohöfe bereitstellt, von denen Tausende qm asphaltierter LKW-Park-Flächen als mobile Lagerstätte von auswärtigen Logistikunternehmen genutzt werden.

Wie wir in unserer kürzlich erfolgten Anfrage zu den Stadtwerken bereits dargelegt haben, sehen wir unsere interkommunalen Stadtwerke, die wir schon vor mehr als 20 Jahren gefordert haben, als große Chance mit einem gewaltigen Nutzenpotential für unsere Region. Wir haben zwar aus der Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage wahrgenommen, dass man eine ökologischere Ausrichtung der Stadtwerke auf längere Sicht anstrebt, wir hoffen jedoch, dass hierzu auch Taten folgen werden. Nur „regional“ ist kein Qualitätsmerkmal, das kann jedes andere Stadtwerk für sich beanspruchen. „Regional erzeugte, regenerative Energie“ wäre dagegen ein Alleinstellungsmerkmal und damit ein wichtiges Pfund, mit dem unsere Stadtwerke in Konkurrenz zu anderen werben können.

Ich komme nun zu einem anderen Thema, das wir stets im Blick haben müssen, zum Bereich der Jugendhilfe, dessen schier fast unkalkulierbare Kosten uns gerade bei den dauerhaften Unterbringungen immer wieder einholen.

Dabei muss man zugestehen, dass wir in Ibbenbüren über einen eigentlich lobenswerten Präventionsansatz verfügen. Der kann jedoch oftmals nicht konsequent genug verfolgt werden, weil dies am Widerstand der Eltern scheitert. Dadurch wird nicht selten ein rechtzeitiges Eingreifen unterbunden, obwohl kritische Situationen rechtzeitig erkannt werden. In solchen Fällen liegt die Verantwortung allerdings nicht bei der Stadt und ihren Mitarbeitern, sondern hier ist der Gesetzgeber gefordert, der endlich dafür sorgen muss, dass das Kindeswohl in jedem Fall Vorrang vor dem Elternwillen besitzt, damit frühzeitig eingegriffen werden kann.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Notwendigkeit des Ausbaus der Schulsozialarbeit an der Anne-Frank-Realschule und an der Gesamtschule. Zwar ist das formal eine Aufgabe des Landes, dennoch liegt es im Ermessen der Stadt, inwieweit sie diese unterstützt.

Wir begrüßen ausdrücklich die nun eingeleitete Bürgerbeteiligung bei der Spielplatzleitplanung. Das Engagement der Kinder und Jugendlichen in der Umgebung des Bolzplatzes Kampstraße hat nämlich gezeigt, dass die externen Einschätzungen zur Nutzung solcher Plätze, auf die sich dann die Entscheidungen des Arbeitskreises stützen sollen, nicht immer zutreffend sind.

Zudem hat die Vergabe von freiwerdenden Spiel- oder Bolzplatz-Grundstücken grundsätzlich erst nach Beschluss des Rates zu erfolgen. Es kann nicht sein, dass in diesem Zusammenhang vermeintlich frei werdende Grundstücke, wie im Fall Bolzplatz Kampstraße, vor einer Entscheidung der Ratsgremien willkürlich als Bauland angeboten werden, zumal gerade das genannte Areal im Gutachten als „großes Potential für eine naturnahe Spielfläche“ bewertet wurde, und zwar in einem der Grüngürtel, von dem bereits die Rede war.

Diese hier aufgeführten Arbeitsfelder sind nur einige von vielen Projekten, die wir in unserer Stadt aktuell und künftig zu bearbeiten haben: neben dem Aufbau kommunaler Stadtwerke, der Untersuchung der Spielflächen, ferner die der Sportstätten, der kommunalen Bäderlandschaft, dem Aufbau städtischer Wohnbauförderung, den Großprojekten in der Schullandschaft, wie dem Neubau Gesamtschule und die Sanierung des Kepler-Gymnasiums, jüngst zudem der angestrebte Glasfaserausbau in den westlichen Stadtteilen – und ganz frisch als allgemeiner Bürgerwunsch zur Verschönerung des Stadtbildes, die Unkraut- oder Wildkräuterbeseitigung – haben wir zahlreiche große Aufgaben zu bewältigen. Bei einigen sind sogar zunächst Investitionen notwendig, um langfristig Kosten sparen zu können und unsere Stadt gerade vor dem Hintergrund des größten Zukunftsprojektes, der Kohlekonversion, für die Zukunft fit zu machen.

Wir haben die Möglichkeiten des Sparens inzwischen bereits weitgehend ausgeschöpft, trotzdem befinden wir uns nach wie vor auf der Suche, um Ausgaben zu reduzieren, ohne irreparabel Schaden anzurichten. Wir wollen freiwillige Leistungen im größtmöglichen Umfang erhalten, weil gerade diese ein wichtiger Faktor für die Attraktivität unserer Stadt sind, aber: wir müssen sie auch finanzieren können.

Der vermeintliche Geysir der aktuell sprudelnden Gewerbesteuern hat auch uns positiv überrascht, doch glauben wir gerade angesichts dessen und der Erfahrungen der vergangenen Jahre nicht, dass es sich hierbei um eine Dauerfontäne unerwarteten Geldsegens handelt, mit der wir langfristig kalkulieren können.

Deshalb sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass wir nur mit strukturellen Eingriffen eine nachhaltige Haushaltspolitik betreiben können. Das bedeutet, dass neben Sparmaßnahmen diesmal leider auch höhere Steuern nötig sind, die jeden Bürger, und zwar auch uns betreffen.

Wir Grüne werden deshalb dem vorliegenden Haushaltsentwurf nach langer und auch kontroverser Diskussion - insbesondere um die Erhöhung der Grundsteuer B - zustimmen.

Allerdings: Bei den nächsten Haushalten steht bei uns eine Erhöhung der Gewerbesteuer im Mittelpunkt, deren Höhe laut unserer Wirtschaftsförderer, die es ja am besten wissen sollten, offenbar keine Rolle bei der Entscheidung der Firmen für eine Ansiedlung in unserer Stadt spielt. Unsere Zustimmung für eine erneut erhöhte Grundsteuer wird es für 2018 nicht geben.

Dr. Marlene Klatt

(Fraktionssprecherin)